



Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



Die Inflation sinkt ein weiteres Mal: In Südtirol ist die Preiserhöhungsrates im Dezember 2014 auf 0,8% gesunken, auf nationaler Ebene beträgt der entsprechende Monatswert 0,2%. Das Phänomen der schleppenden Preisentwicklung ist aber nicht auf Italien begrenzt, sondern hat den gesamten Euroraum erfasst, der mit -0,2% sogar zwischenzeitlich in die Deflation gerutscht ist. Im Prinzip ist eine moderate Inflation ja etwas Gutes – die EZB betrachtet einen Wert von 2% als ideale Rahmenbedingung für eine gesunde Wirtschaft. Doch sinkt das allgemeine Preisniveau über Monate, würgt dies den Wirtschaftsmotor ab. Eine Deflation ist das volkswirtschaftlich Schlechteste aller Übel.

Grund für die aktuell schwache Preisdynamik sind sowohl Nachfrage- als auch Angebotsfaktoren – sie schlagen je nach Land unter-

schiedlich durch: hier ist es stärker die schleppende Nachfrage, dort sind es eher die sinkenden Rohstoff- und Energiepreise. Fakt ist, dass die Möglichkeiten für die Europäische Zentralbank, mit konventionellen (geldpolitischen) Mitteln den Konjunkturzyklus zu steuern, mittlerweile erschöpft sind. Nun sollen andere Mittel her: das „Quantitative Easing“ und der Kauf von Staatsanleihen von Seiten der Europäischen Zentralbank. Die Erfolgchancen sind bereits heute äußerst umstritten.

Die aktuellen Interventionsmaßnahmen sind Ausdruck einer Wirtschaftsschule, die sehr gro-

Was kommt nach der Geldpolitik?

*Die Europäische Zentralbank versucht seit geraumer Zeit, über niedrige Leitzinsen die **Konjunktur anzustoßen**: bislang mit wenig Erfolg. Trotzdem hält die EZB an der Politik des billigen Geldes fest. Ein weiterer Misserfolg ist vorprogrammiert.*

ßen Wert auf die Konsolidierung der Staatshaushalte legt, öffentliche Investitionsprogramme stets ablehnt und darauf vertraut, dass die geldpolitischen Steuerungsmaßnahmen greifen. Schade nur, dass in dieser Finanzkrise diese Medizin nicht gewirkt hat. Nun, wo sich das Wirtschaftswachstum aber auch in Deutschland abschwächt, dürfte selbst Regierungschefin Angela Merkel Interesse daran haben, eine Neuverschuldung für EU-Staaten zuzulassen, mit dem erklärten Ziel, über öffentliche Investitionen wieder Arbeitsplätze zu schaffen. Insofern dürfte die Forderung von Frankreich und Italien, die Maastricht-Kriterien etwas fle-

xibler zu gestalten, zunehmend auf Gehör stoßen. Die Geschichte lehrt uns, was getan werden muss, wenn die Möglichkeiten der Geldpolitik ausgereizt sind und die Privatwirtschaft zu schwach ist, um sich aus eigener Kraft zu erholen: Der Staat muss die Nachfragerlücke schließen und über öffentliche Investitionsprogramme für Arbeitsplätze sorgen - so geschehen in der Nachkriegszeit mit dem Marshallplan. Die Umsetzbarkeit eines europäischen, auf 10 Jahre ausgelegten Infrastruktur- und Investitionsprogramms sollte bereits heute geprüft werden. Als letzte Ratio für den Fall, dass sich die deflationären Tendenzen noch weiter verstärken.